

Stand: 01.06.2025 01:54:01

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/21192

"Ausweisung zusätzlicher Messstellen für die Binnendifferenzierung in roten Gebieten"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/21192 vom 16.02.2022
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/21962 des LA vom 09.03.2022
3. Beschluss des Plenums 18/22157 vom 05.04.2022
4. Plenarprotokoll Nr. 110 vom 05.04.2022



Antrag

der Abgeordneten **Martin Schöffel, Eric Beißwenger, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer, Barbara Becker, Alfons Brandl, Wolfgang Fackler, Alexander Flierl, Petra Högl, Dr. Martin Huber, Dr. Petra Loibl, Thorsten Schwab, Klaus Steiner, Martin Wagle CSU,**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Benno Zierer, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Ausweisung zusätzlicher Messstellen für die Binnendifferenzierung in roten Gebieten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu berichten, wie die Verfahren zur Ausweisung zusätzlicher Messstellen vorangekommen sind.

Es soll zum einen darüber berichtet werden, wie der angekündigte Ausbau des Ausweisungsmessnetzes vorankommt, um die in der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift Gebietsausweisung (AVV GeA) für eine reguläre Ausweisung geforderte Messstellendichte zu erreichen.

Zum anderen soll über den Sachstand der Ausweisung zusätzlicher Stützmessstellen berichtet werden. Diese sind Voraussetzung für eine bessere Regionalisierung innerhalb von Grundwasserkörpern. Dabei ist vertieft auf die Situation in den 22 Grundwasserkörpern einzugehen, die bisher nicht regionalisiert werden konnten.

Begründung:

Der Landtag hat mit Beschluss vom 12.11.2019 die genauere Abgrenzung der roten Gebiete bzw. die Ausweitung des Messstellennetzes in Bayern gefordert.

Bayern verfügt nach den Vorgaben der AVV GeA über kein ausreichend dichtes Netz an Ausweisungsmessstellen. Diese „Verdichtung“ der Messstellen muss nach den Vorgaben der AVV GeA noch vor der nächsten regulären Ausweisung der roten Gebiete im Jahr 2024 erfolgen. Bis dahin enden die Übergangsvorschriften. Deshalb muss die Zahl der Ausweisungsmessstellen von ca. 600 auf über 1 500 erhöht werden.

In 22 der 74 im Ausweisungsverfahren zu betrachtenden Grundwasserkörper konnte keine Ermittlung unbelasteter Teilgebiete erfolgen, weil dort die notwendige Dichte an Stützmessstellen noch nicht vorlag. Sowohl Verbände der Landwirtschaft als auch der Wasserwirtschaft forderten, ein Meldesystem für zusätzliche Stützmessstellen zu etablieren, um künftig belastete und unbelastete Teile von Grundwasserkörpern detaillierter ausweisen zu können. Dieses Meldesystem startete das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV) wie versprochen noch im ersten Quartal 2021. Das

StMUV hatte angekündigt, dass eine entsprechende Rückmeldung der fachlich begründeten Entscheidung an die Eigentümer der Messestellen bis zum 31.10.2021 vorgesehen sei.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

**Antrag der Abgeordneten Martin Schöffel, Eric Beißwenger,
Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Benno Zierer u.a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 18/21192**

Ausweisung zusätzlicher Messstellen für die Binnendifferenzierung in roten Gebieten

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Martin Schöffel**
Mitberichterstatter: **Christoph Skutella**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 48. Sitzung am 9. März 2022 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Enthaltung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung
Zustimmung empfohlen.

Dr. Leopold Herz
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Martin Schöffel, Eric Beißwenger, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer, Barbara Becker, Alfons Brandl, Wolfgang Fackler, Alexander Flierl, Petra Högl, Dr. Martin Huber, Dr. Petra Loibl, Thorsten Schwab, Klaus Steiner, Martin Wagle CSU,**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Benno Zierer, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 18/21192, 18/21962

Ausweisung zusätzlicher Messstellen für die Binnendifferenzierung in roten Gebieten

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu berichten, wie die Verfahren zur Ausweisung zusätzlicher Messstellen vorangekommen sind.

Es soll zum einen darüber berichtet werden, wie der angekündigte Ausbau des Ausweisungsmessnetzes vorankommt, um die in der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift Gebietsausweisung (AVV GeA) für eine reguläre Ausweisung geforderte Messstellendichte zu erreichen.

Zum anderen soll über den Sachstand der Ausweisung zusätzlicher Stützmessstellen berichtet werden. Diese sind Voraussetzung für eine bessere Regionalisierung innerhalb von Grundwasserkörpern. Dabei ist vertieft auf die Situation in den 22 Grundwasserkörpern einzugehen, die bisher nicht regionalisiert werden konnten.

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 4)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 4)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Danke schön. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben den ersten Tag eines dreitägigen Sitzungs-marathons geschafft. Die Sitzung ist für heute beendet. Danke schön.

(Schluss: 17:51 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 5)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
 oder
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 28. Februar 2022 (Vf. 3-VIII-22) betreffend Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin BayernSPD-Landtagsfraktion und den Antragsgegnerinnen
 1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
 2. FREIE WÄHLER Landtagsfraktion
 3. Bayerische Staatsregierung
 vom 25. Februar 2022 über die Frage, ob § 1 Nrn. 5, 6 Buchst. a, Nrn. 12, 18, 19 Buchst. a, Nr. 37 des Gesetzes zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes und weiterer Rechtsvorschriften vom 23. Juli 2021 (GVBl. S. 418) die Bayerische Verfassung verletzen

PII-G1310.22-0002

Drs. 18/22085 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☐	☒	☐	☐	☐

Bei den nachfolgenden Verfassungsstreitigkeiten aus der 17. Wahlperiode wird ein neuer Vertreter des Landtags bestellt

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 21. September 2017 (Vf. 15-VII-17) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Art. 11 Abs. 3, Art. 13 Abs. 1 Nr. 1 b, Art. 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, Art. 16, 17 Abs. 1 Nrn. 3 und 5, Art. 20 Nr. 3 und Art. 21 Abs. 1 Nr. 3 des Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Staatlichen Polizei (Polizeiaufgabengesetz - PAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. September 1990 (GVBl. S. 397, BayRS 2012-1-1-I), das zuletzt durch § 1 des Gesetzes zur effektiveren Überwachung gefährlicher Personen vom 24. Juli 2017 (GVBl. S. 388) geändert worden ist

PII-G1310.17-0013
Drs. 18/22086 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Zum neuen Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☐	☒

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 9. Mai 2018 (Vf. 7-VII-18) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Art. 11 Abs. 3, Art. 13 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. c, Art. 16 Abs. 2 Satz 1, Art. 17 Abs. 1 Nr. 3 bis 5, Art. 20 Nr. 3, Art. 23 Abs. 3 Nr. 3 und Art. 32 a des Gesetzes über die Aufgabe und Befugnisse der Bayerischen Staatlichen Polizei (Polizeiaufgabengesetz - PAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. September 1990 (GVBl. S. 397, BayRS 2012-1-1-I), das zuletzt durch § 1 des Gesetzes zur effektiveren Überwachung gefährlicher Personen vom 24. Juli 2017 (GVBl. S. 388) geändert worden ist

PII-G1310.18-0008
Drs. 18/22088 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Zum neuen Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☐	☒

4. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 12. Juni 2018 (Vf. 10-VIII-18) betreffend Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bayerischen Landtag und den Antragsgegnerinnen
1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
 2. Bayerische Staatsregierung
- vom 6. Juni 2018 über die Frage, ob § 1 Nr. 6 Buchst. d, Nr. 7 Buchst. b, Nrn. 8, 12, 15 Buchst. a und b, Nr. 23 Buchst. b, Nr. 25 Buchst. b, c und e, Nrn. 27 bis 31, 34, 35 und 42 des Gesetzes zur Neuordnung des bayerischen Polizeirechts (PAG-Neuordnungsgesetz) vom 18. Mai 2018 (GVBl. S. 301) die Bayerische Verfassung verletzen

PII-G1310.18-0008
Drs. 18/22089 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Zum neuen Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☒

5. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 3. September 2018 (Vf. 15-VII-18) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Art. 11 Abs. 3, Art. 13 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. b, Art. 14 Abs. 1 Nr. 4, Art. 15 Abs. 3 Nr. 1, Art. 16 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, Abs. 2 Sätze 1 und 3, Art. 17 Abs. 1 Nrn. 2, 4 und 5, Art. 18, 20 Nr. 3 Sätze 2 und 3, Art. 21 Abs. 1 Nr. 3, Art. 25 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. b und Abs. 2, Art. 30 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 Buchst. b, Art. 33 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Buchst. b, Art. 34 Abs. 1 und 3 Satz 4, Art. 35 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Abs. 3 Satz 2, Art. 36 Abs. 2 und 4 Sätze 2 bis 5, Art. 37 Abs. 1 und 2 Satz 3, Art. 38 Abs. 1, Abs. 2 Satz 2 und Abs. 3, Art. 39 Abs. 1 Satz 1, Art. 40 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 3, Art. 42 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, Abs. 4 Satz 1 und Abs. 6 Satz 1, Art. 43 Abs. 2, Art. 45 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, Art. 49 Abs. 3 Satz 6 und Art. 92 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Staatlichen Polizei (Polizeiaufgabengesetz - PAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. September 1990 (GVBl. S. 397, BayRS 2012-1-1-I), das zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 18. Mai 2018 (GVBl. S. 301, 434) geändert worden ist

PII-G1310.18-0013
Drs. 18/22087 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Zum neuen Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☐ ohne	☒

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

6. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 6. September 2018 (Vf. 16-VIII-18) betreffend Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin BayernSPD-Landtagsfraktion und den Antragsgegnerinnen
1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
 2. Bayerische Staatsregierung
- vom 5. September 2018 über die Frage, ob § 1 Nr. 7 Buchst. b, Nrn. 8, 12 Buchst. b, Nrn. 15, 23, 25 Buchst. b und e, Nrn. 27, 28 Buchst. a, c, e und f, Nrn. 29, 30 Buchst. b bis g, Nr. 31 Buchst. b, c und e bis g, Nrn. 32, 33 Buchst. c, Nrn. 34, 35, 39 Buchst. c, Nr. 42 Buchst. d, Nr. 43 Buchst. a und b und Nr. 71 des Gesetzes zur Neuordnung des bayerischen Polizeirechts (PAG-Neuordnungsgesetz) vom 18. Mai 2018 (GVBl. S. 301) die Bayerische Verfassung verletzen

PII-G1310.18-0014
Drs. 18/22090 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Zum neuen Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☐ ohne	☒

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

7. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Zweiter Senat – vom 11. November 2016 (2 BvR 166/16) betreffend Verfassungsbeschwerde
1. unmittelbar gegen
 - a) den Beschluss des Oberlandesgerichts Nürnberg vom 28. Dezember 2015 – 2 Ws 782/15 –,
 - b) den Beschluss der auswärtigen Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Regensburg mit dem Sitz in Straubing vom 25. November 2015 – SR StVK 652/15 –
 2. mittelbar gegen Art. 46 Abs. 2 BayStVollzG

PII-G1320-16-0001
Drs. 18/22091 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Zum neuen Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Tobias Reiß bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☐ ohne	☒

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

8. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Erster Senat – vom 14. Dezember 2016 (1 BvR 2577/15 und 1 BvR 2578/15) betreffend Verfassungsbeschwerden
1. gegen
 - a) den Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom 7. Oktober 2015 – BVerwG 6 C 38.15 (6 C 33.14) –,
 - b) das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 29. Juli 2015 – BVerwG 6 C 33.14 –, – 1 BvR 2577/15 –,
 2. gegen
 - a) den Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom 7. Oktober 2015 – BVerwG 6 C 38.15 (6 C 33.14) –,
 - b) das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 29. Juli 2015 – BVerwG 6 C 33.14 –, – 1 BvR 2578/15 –

PII-G1320.15-0001
Drs. 18/22092 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Zum neuen Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☐ ohne	☒

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

9. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Erster Senat – vom 14. Dezember 2016 (1 BvR 2579/15) betreffend Verfassungsbeschwerde
- gegen
 - a) den Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom 7. Oktober 2015 – BVerwG 6 C 39.15 (6 C 35.14) –,
 - b) das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 29. Juli 2015 – BVerwG 6 C 35.14 –

PII-G 1320-15-0001
Drs. 18/22094 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Zum neuen Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☐ ohne	☒

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

Europaangelegenheden

10. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: EU-Bodenstrategie für 2030 – Die Vorteile gesunder Böden für Menschen, Lebensmittel, Natur und Klima nutzen
COM(2021) 699 final

BR-Drs. 829/21

Drs. 18/20105, 1

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☐ A	☒

11. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über eine europäische Hochschulstrategie

COM(2022) 16 final

BR-Drs. 26/22

Drs. 18/21391, 18/22081 (E) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Vorhaben zur Kenntnis und bittet um Berücksichtigung der auf Drs. 18/22081 veröffentlichten Bedenken.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

[illegible]

12. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Erleichterung einer wirksamen europäischen Hochschulzusammenarbeit
COM(2022) 17 final
BR-Drs. 49/22
Drs. 18/21731, 18/22080 (E) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Vorhaben zur Kenntnis und bittet um Berücksichtigung der auf Drs. 18/22080 veröffentlichten Bedenken.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☒

13. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Lebensmittelsicherheit
Pflanzliches und forstliches Vermehrungsgut (überarbeitete Vorschriften)
21.12.2021 - 29.03.2022
Drs. 18/20106, 18/21961 (ENTH) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/21961 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒ ENTH	☒	☒	☒ ENTH	☒

14. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Justiz und Grundrechte
Nachhaltiger Konsum von Gütern – Förderung von Reparatur und
Wiederverwendung
11.01.2022 - 05.04.2022
Drs. 18/20108, 18/21978 (ENTH) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, die auf Drs. 18/21978 veröffentlichte Stellungnahme abzugeben.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	A	ENTH	Z

15. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Verkehr
Multimodale digitale Mobilitätsdienste
01.12.2021 - 23.02.2022
Drs. 18/20109, 18/22064 (G) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, die auf Drs. 18/22064 veröffentlichte Stellungnahme abzugeben.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	A	Z	Z

16. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Energie
Projekte im Bereich erneuerbare Energien –
Genehmigungsverfahren und Strombezugsverträge
18.01.2022 - 12.04.2022
Drs. 18/21390, 18/22053 (G) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/22053 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒ ENT	☐	☐ A	☐	☐

Anträge

17. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann u.a. SPD Zukunftssicherung der Feuerwehr IX: Ehrung für langjährige Feuerwehrleute aufwerten
Drs. 18/8765, 18/21623 (E)

Der Antrag wurde für erledigt erklärt.

18. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Inge Aures, Annette Karl u.a. SPD
Auch über Parkplätze können Wohnungen entstehen:
Erstellung eines „modernen“ staatlichen Flächenkatasters
Drs. 18/17073, 18/22059 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

[illegible]

19. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Ferdinand Mang u.a. AfD
Wohlstand für alle I: Grunderwerbsteuer für die erste selbst genutzte Immobilie abschaffen!
Drs. 18/19631, 18/22063 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
					

20. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Inge Aures, Annette Karl u.a. SPD
Leerstand bekämpfen: Regelmäßige Übersicht über Leerstand bei staatlichen Immobilien in Bayern
Drs. 18/19864, 18/22060 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	ENTH

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Quereinstieg in frühpädagogische Tätigkeitsfelder erleichtern – Qualität durch bedarfsgerechte Weiterbildung fördern
Drs. 18/19873, 18/21968 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

[illegible]

22. Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner AfD
Stärkung der traditionellen Familie – Wider den sozialistischen Zeitgeist!
Drs. 18/19930, 18/21970 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

23. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber,
Prof. Dr. Winfried Bausback, Matthias Enghuber u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bayernweites Modellprojekt „Verfahrenslotse“ in der
Kinder- und Jugendhilfe
Drs. 18/20021, 18/21971 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

[illegible]

24. Antrag der Abgeordneten Diana Stachowitz, Doris Rauscher, Margit Wild u.a. SPD
Mehr gleichberechtigte Teilhabe ermöglichen –
Einrichtung einer unabhängigen Schlichtungsstelle
Drs. 18/20029, 18/21972 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

25. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Inge Aures, Annette Karl u.a. SPD
Wie wird Bayerns Gebäudebestand klimaneutral? S taatsregierung muss Kosten und Strategien offenlegen
Drs. 18/20030, 18/22061 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☐	☐

26. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart u.a.
und Fraktion (AfD)
Fachgespräch zur Zukunft der Hebammenversorgung in Bayern
Drs. 18/20093, 18/21919 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
					

27. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Sicherung des Fachkräftebedarfs in Bayern:
Berufsausübung sowie Ausbildungen, Fort- und Weiterbildungen
ohne Impf- und Boosterzwang ermöglichen
Drs. 18/20096, 18/21920 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP

28. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Bernhard Seidenath, Norbert Dünkel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Berücksichtigung der Eingliederungshilfe im Pflege- und Wohnqualitätsgesetz
Drs. 18/20098, 18/21921 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

[illegible]

29. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Energie für Bayern - Gasversorgung sicherstellen VI: Compliance-Lieferantenverpflichtung für eine Mindest-Gasbevorratung einführen
Drs. 18/20130, 18/22078 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☐	☐	☐

30. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Seilbahnförderung evaluieren – Nachhaltigkeit im Bergtourismus
Drs. 18/20565, 18/22074 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☐	☐	☐

31. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Annette Karl u.a. SPD
Mehr globale Impfgerechtigkeit: Förderung von Impfstoffproduktion in Ländern des globalen Südens
Drs. 18/20640, 18/22067 (A)

auf Antrag der FDP-Fraktion

Votum des mitberatenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☐	☐	☐

32. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
GanztagsBILDUNG statt nur Betreuung: Personaloffensive I
Drs. 18/20641, 18/22054 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

33. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
GanztagsBILDUNG statt nur Betreuung: Personaloffensive II
Drs. 18/20642, 18/22055 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

34. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Doris Rauscher u.a. SPD
Niemand darf abgehängt werden –
Bildungsangebote müssen für alle sichergestellt sein
Drs. 18/20662, 18/22056 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

35. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Arif Taşdelen u.a. SPD
Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe in Bayern I –
Ausarbeitung eines Konzepts zur Fachkräftegewinnung
Drs. 18/20675, 18/21973 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☒	☒	☒

36. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Arif Taşdelen u.a. SPD
Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe in Bayern II –
Digitalisierungsoffensive für gleichberechtigte Teilhabe
Drs. 18/20676, 18/21974 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

37. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Arif Taşdelen u.a. SPD
Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe in Bayern III –
Modellprojekte zur Implementierung der Verfahrenslotsen
Drs. 18/20677, 18/21975 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☒	☒	☒

41. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zukunftsfähige Kinder- und Jugendhilfe I:
Digitalpakt jetzt auf den Weg bringen
Drs. 18/21187, 18/21976 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

42. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Zukunftsfähige Kinder- und Jugendhilfe II: Fachkräfte gewinnen, (weiter-)qualifizieren und halten
Drs. 18/21188, 18/21977 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☐	☐

43. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr,
Margit Wild, Klaus Adelt u.a. SPD
Bericht zum Lehrkräftemangel am G9
Drs. 18/21190, 18/22057 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

[illegible]

44. Antrag der Abgeordneten Martin Schöffel, Eric Beißwenger, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ausweisung zusätzlicher Messstellen für die Binnendifferenzierung in roten Gebieten
Drs. 18/21192, 18/21962 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒ ENTH	☒	☒

45. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehrsprachigkeit in Bayern fördern
Drs. 18/21206, 18/22058 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒ A	☒	☒ A	☒ A	☒	☒ A

46. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
„Chancen-Aufenthaltsrecht“ für Geflüchtete in Bayern ermöglichen
Drs. 18/21311, 18/21938 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒ A	☒	☒ A	☒ A	☒	☒